

delehrerin mit Parteiaspirantur, und ich kann Ihnen auch einmal zur Freude, damit wir wenigstens noch einen lustigen Abschluß haben, das Thema der Doktorarbeit vorlesen (Sie gilt heute noch als Historikerin und wird als Akademikerin bezahlt.): „Die führende Rolle der Bezirksparteiorganisation Potsdam der SED beim weiteren Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Zeit von der 25. Tagung der SED im Oktober 1955 bis zum V. Parteitag der SED im Juli 1958“. Wie gesagt, hier sind die Beweise.

Gesprächsleiterin Maria Michalk (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Storbeck. Selbst über das Letzte kann man nun gar nicht mehr lachen. Ich danke Ihnen besonders, daß Sie den Mut hatten, Ihre ganz persönliche Geschichte hier zu erzählen. Ich glaube, durch so etwas kann man erst richtig verstehen, warum uns diese Geschehnisse so tief in den Knochen stecken, wie wir so schön sagen.

Frau Barbe, bitteschön.

Abg. Frau Barbe (SPD): Ganz kurz zu Ihnen, Frau Storbeck: Wir haben das in Berlin ganz legal und offiziell, also in meinem Wahlkreis Hellersdorf-Marzahn sind natürlich in der Mehrheit PDS-Mehrheiten und demzufolge auch jeweils drei Stadträte, u. a. auch eine ehemalige Mitarbeiterin des Ministeriums für Volksbildung, die an der Erstellung von Mathematikbüchern beteiligt war und ganz öffentlich behauptet hat, sie hat natürlich von allem nichts gewußt und niemandem geschadet usw. Sie kennen ja die alte Leier. Aber jetzt zu Ihnen, Frau Tonndorf-Erke, ich habe einfach ein paar Nachfragen: Ist Ihnen die Liste bekannt, die mir auch zugeschickt worden ist vom Bürgerkomitee, eine Liste mit 22 belasteten Mitarbeitern im Arbeitsamt, und stimmt das so, wie es aufgeführt ist, mit den ehemaligen Funktionen und jetzigen Funktionen – trifft das zu? Zweitens: Trifft es zu, daß Ihnen ein Disziplinarverfahren von der jetzigen Direktorin angedroht worden ist und Ihnen unterstellt wurde, Sie hätten sich in irgendeiner Weise gegen das Arbeitsamt vergangen, und trifft es auch zu, daß, nachdem Sie sich darüber beschwert haben, daß das ja nicht zutrifft, daß diese Arbeitsamtsdirektorin das einfach stillschweigend zurückgenommen hat? Als drittes: Wie schätzen Sie die Äußerung von Herrn Maibaum ein? Ich empfinde sie als unzutreffend, blauäugig und naiv; alle, die aus der DDR kommen, konnten ja bei den Ausführungen bei Herrn Maibaum bloß den Kopf schütteln. Und die letzte Frage: Sie haben ja eine Qualifikation und sitzen, soviel ich das weiß, auf einer untergeordneten Stelle. Meiner Ansicht nach haben Sie eine höhere Qualifikation als sämtliche Leute da, diese 22 Leute, die hier aufgelistet sind und die dort in dem Arbeitsamt IX in Treptow hohe Funktionen erfüllen. Danke.

Sibylle Tonndorf-Ehrke: Ja, zumindest habe ich von der Qualifikation her den Dienstposten im Arbeitsamt IX, auf dem für mich keine Stasi-Überprüfung anfällt, weil ich noch nicht einmal Amtmann wäre. Also ich sitze auf einer V b/ A 9, das ist das Eingangsamt im gehobenen Dienst. Ich bin Vollakademikerin,

habe Arbeits- und Sozialwissenschaften studiert, 5 Jahre lang, habe auch eine ordentliche Diplomarbeit geschrieben und habe z.Zt. eine Verwendung als Arbeitsvermittlerin, das ist z.Zt. eine Abordnung als Sachbearbeiterin, auch nach der Dotierung V b. Zu Ihrer Frage nach der Liste: Ich bin das erste Mal mit dieser Liste konfrontiert worden von Herrn Maibaum bei seinem Besuch im Arbeitsamt IX. Er hat mich dort nach einigen Mitarbeitern befragt, die auf der Liste stehen, und hat mich gefragt, welche Kenntnisse ich darüber habe. Natürlich wurde wieder nachgefragt, ob denn vielleicht zufälligerweise Frau Tonndorf-Ehrke eine solche Liste verbreitet hätte. Alles das, was an politischen Anwürfen in diesen Ämtern vorgebracht wird, ob es im Arbeitsamt IX ist oder auch in dem Amt, in das ich abgeordnet bin, im Arbeitsamt VII, wird automatisch mit meiner Person in Zusammenhang gebracht. Das muß ich eindeutig so sagen.

Es hat am Freitag einen weiteren Vorfall gegeben, Anruf des Direktors des Arbeitsamtes VII. Es wurden Flugblätter ausgelegt in Wartezonen im Arbeitsamt VII, die auf die heutige Veranstaltung hier aufmerksam gemacht haben, und ich bin dort nach einer Methode behandelt worden, die ich aus schlimmsten DDR-Zeiten kenne. Ich bin von einer Vorzimmerkraft ans Telefon geholt worden, um eine Abschnittsleiterin anzurufen, mit der ich in Kontakt stehe bei den Arbeiten, die ich gegenwärtig durchzuführen habe, und habe mich da völlig unbedarft gemeldet. Es war aber nicht diese Dame dran, sondern der Herr Direktor des Arbeitsamtes VII, der mich sofort fragte, ob ich heute morgen, als ich zum Dienst gekommen wäre, Flugblätter mit ins Amt gebracht und diese dort ausgelegt hätte. Ich wußte gar nicht, worum es ging. Ich hatte bis zu dem Zeitpunkt ein solches Flugblatt überhaupt nicht gesehen und zu Gesicht bekommen, und er meinte, er dürfte doch wohl da mal nachfragen, ob ich damit in irgendeiner Weise in Zusammenhang stehe. Und ich habe ihm daraufhin gesagt, daß ich diese Nachfrage unerhört finde zum ersten, und zum zweiten, daß das nicht meinem Stil entspricht. Und es ist nun wohl – wie ich mitbekommen habe – bis heute nicht aufgeklärt, wer die Flugblätter ins Haus gebracht hat. Wie gesagt, ich weiß es auch nicht, und allein die Tatsache, daß mein Name auf dem Flugblatt stand als einer der betroffenen Zeitzeugen, der vorgeladen worden ist, ist für mich eigentlich keine hinreichende Begründung dafür, mich anzurufen und bei mir nachzufragen.

Was die Liste anbetrifft, da ist es ja so, Frau Barbe, daß wir sehr oft Probleme haben im Arbeitsamt Treptow-Köpenick – Sie sind selbst Treptowerin, wie ich weiß –, ein kleiner Amtsbezirk, die Leute kennen sich untereinander, und man kommt in die Arbeitsämter, zeigt dort mit den Fingern auf Leute und sagt, na, wissen Sie nicht und kennen Sie nicht usw. Es ist wirklich schwierig und kompliziert. Ich bin Einwohnerin von Berlin-Mitte, und ich habe von

Mitarbeitern, die dort sitzen, erst Kenntnis erhalten über Ratsuchende, die in diese Ämter gekommen sind.

Zur Frage nach dem Disziplinarverfahren: Es ist in der Tat so, daß mir politische Äußerungen in der Öffentlichkeit unterstellt worden sind. Ich habe hier dieses Schreiben vom 21. Januar 1993 vorliegen. Nur einmal kurz zum Inhalt: Da schreibt mir die Direktorin des Arbeitsamtes Berlin IX, also ehemals Direktorin eines Amtes für Arbeit, damit auch SED-Berufungskader (Leider kenne ich den Inhalt ihrer Dissertation nicht, aber vielleicht sollte sich die Bundesanstalt für Arbeit einmal darum kümmern.): „Von einem Mitglied des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes IX bin ich darüber informiert worden, daß Sie sich während der Eröffnungsveranstaltung der ABM-Service-Station Berlin-Blankenfelde am 16.10.1992 in der Öffentlichkeit abfällig über die Personalpolitik des Arbeitsamtes IX geäußert haben. Ferner sollen Sie den Führungskräften des Amtes fachliche Kompetenz abgesprochen haben und sie sowohl gesellschaftlich als auch politisch für nicht tragbar halten. Darüber hinaus haben Sie sich als zu wenig anerkannt dargestellt. Ihrer Auffassung nach müßte Ihnen eine angemessenere Position im Amt zukommen. Vorstehende Äußerungen stehen in keinem Zusammenhang mit Ihrer dienstlichen Aufgabenstellung als Arbeitsvermittlerin des Arbeitsamtes in Berlin. Sie verstoßen vielmehr gegen Ihre allgemeinen arbeitsvertraglichen Verpflichtungen. Ich habe Sie diesbezüglich bereits Ende 1991 und Anfang 1992 abgemahnt (mündlich abgemahnt, kann man so ausgeben) und Ihnen mitgeteilt, daß Sie im Wiederholungsfalle mit disziplinarischen und arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu rechnen haben“. Zu dem Sachverhalt vom 16.10.: Wohlgermerkt, das war am 16.10., ich habe da Probleme, in meinem Gedächtnis zu kramen, um mich überhaupt zu erinnern, mit wem ich mich da in irgend einer Form unterhalten habe, weil der Brief mir – wie gesagt – am 21. Januar 1993 zugestellt worden ist. Als sich diese Behauptung als völlig haltlos herausstellte nach meiner Stellungnahme, rief mich der Verwaltungsleiter des Arbeitsamtes IX an, ein Beamter aus West-Berlin, und sagte mir: „So, das ganze Ding ist für Sie jetzt erledigt“. Und da habe ich dann mal nachgefragt, ob ich das nicht schriftlich haben könnte, und dann dauerte es wiederum vom 21. Januar bzw. vom 5.2. (also als meine Stellungnahme vorlag) bis zum 5.4.1993, um folgendes Schreiben zu erhalten: „Sehr geehrte Frau Tonndorf-Ehrke! Ihr Schreiben vom 25. Januar 1993 habe ich dem Mitglied des Verwaltungsausschusses mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Das Mitglied hat daraufhin erklärt, daß es die mir gegenüber geäußerten Behauptungen nicht mehr aufrechterhält. Ich betrachte den Vorgang deshalb als erledigt“. D.h., man betrachtet den Vorgang als erledigt, es gibt hier weder das Wort Entschuldigung noch bin ich in sonst irgendeiner Weise hier wieder rehabilitiert worden, sondern mir wurde lediglich mitgeteilt, daß das entschuldigt ist. Auf Grund dieser Vorfälle habe ich Akteneinsicht beantragt in meine Personalakte, weil ich mich ja

verunsichert fühle, und ich habe zu dem Zeitpunkt, als ich diese Akteneinsicht vorgenommen habe, auch feststellen müssen, daß meine Personalakte nicht numeriert war. Da ich ja selber aus der Personalverwaltung komme, und zwar nach dem 18. März 1990 in der letzten DDR-Volkskammerverwaltung, weiß ich, daß man Personalakten numeriert, um hier nicht nach Belieben Dinge reinzutun oder rauszunehmen. Und diese Akte war zu dem Zeitpunkt, als ich sie gesehen habe, nicht numeriert. Ich habe das beanstandet, habe aber im Gespräch erfahren, daß es zu der Personalakte eine sogenannte weitere Sachakte B gibt, in der u. a. auch die Schreiben, die im Zusammenhang mit mündlichen Abmahnungen, wie es hier bezeichnet wird, von mir mit Kenntnisnahme unterschrieben werden mußten, drin liegen. Ich muß Ihnen sagen, das stößt auf mein allergrößtes Befremden und auf Betroffenheit.

Gesprächsleiterin Maria Michalk (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich wollte noch einmal Ihnen danken, allen, die hier vorne sitzen, besonders für Ihre Zivilcourage, dafür, daß Sie den Mut hatten, hier diese Dinge in der Öffentlichkeit bekanntzugeben, so daß wir überhaupt noch einmal diese Fakten in die Hand bekommen. Ganz herzlichen Dank.

Jetzt hat sich aber noch einmal Herr Maibaum gemeldet.

Präsident a. D. Karl Maibaum: Wir sollten ja eigentlich keine Gelegenheit bekommen, hier noch etwas zu sagen. Aber ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir trotzdem die Gelegenheit dazu einräumen würden, weil ich fürchte, daß auf Grund dessen, was Frau Barbe sagte und was Frau Tonndorf-Ehrke hier eben vorgetragen hat, zumindest bei einigen der Eindruck entstehen könnte, wir würden unser Geschäft so betreiben, als würden wir die Täter in Schutz nehmen und die Opfer verfolgen. Also so ist es nicht, Frau Tonndorf-Ehrke, und das wissen Sie auch ganz genau.

Sibylle Tonndorf-Ehrke: Das ist doch Ihre Interpretation.

Präsident a. D. Karl Maibaum: Nachdem wir mit den Mitarbeitern gesprochen hatten, die in Ihrem Brief benannt waren, und nachdem wir festgestellt hatten, daß nicht alles, was in dem Brief an Behauptungen drinstand, richtig war, wurde uns von einigen mehrfach der Name von Frau Tonndorf-Ehrke genannt. Nun waren wir schon im Jahr vorher da – da waren Sie gerade nicht da, sonst hätte ich auch schon früher mit Ihnen gesprochen, einfach um einmal von Ihnen zu hören, woher wissen Sie das und welche Motive gibt es, einfach um mit einem der seltenen Beschwerdeführer, die sich offen bekennen zu ihrer Beschwerde, ein Gespräch zu führen. So, wie wir ins Gespräch gekommen sind.

Sibylle Tonndorf-Ehrke: Ja, das ist richtig, und Sie waren auch der erste, – dafür bin ich Ihnen ja auch dankbar –, der sich auch meinem Problem angenommen hat. Ich bin ja bisher immer abweisend behandelt worden mit solchen Äußerungen, „Sie sind halt zu spät gekommen, da hätten Sie eben ein bißchen eher kommen müssen“. Ich war verantwortlich für die Abwicklung

einer Parlamentsverwaltung von 286 Beschäftigten. Ich hatte zu dem Zeitpunkt darauf aufmerksam gemacht, daß mir Antworten gegeben worden sind: „Sie haben das hier zu akzeptieren, ansonsten können Sie gehen“. Da habe ich gesagt, dann werde ich mich für diesen Weg auch entscheiden. Ich hatte Ihnen damals gesagt, daß mir dieses ins Gesicht gesagt worden ist, und wir haben uns ja beide auf dieser Basis verständigt. Daß natürlich diese Kollegen in mir nichts anderes sehen können als die Inkarnation des Bösen, weil sie denken, ich will ihnen an den Kragen, das will ich nicht. Ich will nur gleich behandelt werden, gleich und nicht ungleich. Und ich kann nicht akzeptieren, daß meine Dienstvorgesetzte Pionierleiterin war und nach A 11 bezahlt wird und ich nach A 9. Das sind einfach die Dinge, die wir damals eben auch zur Sprache gebracht haben. Und da wissen Sie ganz genau, worum es geht. Ich habe nicht nötig, mir diese Anwürfe und Anschuldigungen bieten zu lassen. Ich hatte Ihnen damals gesagt, ich wohne in Berlin-Mitte. Ich bin in das Arbeitsamt IX gekommen, weil ich mich dort beworben habe, und zwar seit dem 1.6.1991. Alles das, was mir dort zugetragen worden ist, ist mir von Ratsuchenden mitgeteilt worden, diese Menschen haben aber alle Angst. Denn lassen wir uns doch die Situation mal verdeutlichen. Frau Barbe wohnt in Treptow. Nehmen wir an, Frau Barbe wird nicht mehr ins Parlament gewählt, dann hat sie sich im Arbeitsamt IX arbeitslos zu melden. Weil ich weiß, daß sie von Haus aus Naturwissenschaftlerin ist, wird sie dann von einer ehemaligen Kaderleiterin der Akademie der Wissenschaften – die ja so harmlos sind, die Kaderleiter, wie Sie das hier vorhin dargestellt haben – auf ihre arbeitsmarktlichen Fähigkeiten überprüft. Das wird dann in den Computer eingegeben, und wenn sie lange genug arbeitslos war, mindestens ein halbes Jahr, kriegt sie dann von besagter Dame, die Ihnen ja sicherlich bekannt ist, glaube ich, eine ABM-Stelle. Da sind wir einfach gelandet. Dagegen wehre ich mich. Und das ist auch mein Recht. Ich kann jedem in die Augen gucken. Ich habe da keine Probleme.

Gesprächsleiterin Maria Michalk (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich glaube, wir könnten die Diskussion noch unendlich fortführen. Wir haben jetzt eigentlich die geballte Ladung der Widersprüche, die uns beschäftigen und noch beschäftigen werden, gespürt. Ich werde jetzt an dieser Stelle einfach unsere öffentliche Anhörung beenden. Ich hoffe nur, daß wir weiterhin miteinander im Gespräch bleiben. Ich glaube, die Anhörung hat ganz deutlich gezeigt, vormittags genauso wie am Nachmittag, daß es eigentlich auch eine Schicksalsfrage ist, wie wir uns die Zukunft aufbauen. Wenn wir diese Vergangenheit und auch diese Verstrickung nicht ernst genug nehmen, so ernst, wie sich das uns heute gezeigt hat, bauen wir die Zukunft ein bißchen auf wackligen Füßen. In dem Sinne hoffe ich, daß Sie unsere Arbeit weiterhin verfolgen, und ich kann Ihnen versprechen, daß wir die heutige Anhörung zum Anlaß nehmen werden, eine ordentliche Auswertung, nach Möglichkeit auch mit Konsequenzen, wenn es geht gesetzlicher Art, vorzunehmen. In

diesem Sinne möchte ich diese Anhörung beenden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

(Schluß der Sitzung: 17.30 Uhr)